Gewerkschaft
Erziehung und
Wissenschaft
Landesverband Bayern

Pressemitteilung Nr. 3 / 2016 vom 19. Februar 2016

Wegen der miserablen Einstellungssituation für junge Lehrer*innen und der unzureichenden Unterrichtsversorgung für Flüchtlinge stellt die GEW Bayern Schulminister Spaenle ein denkbar schlechtes Zeugnis aus: „Vorrücken stark gefährdet“

Die Bildungsgewerkschaft GEW fordert die Einstellung aller ausgebildeten Lehrkräfte solange pädagogischer Bedarf besteht. Dieser Bedarf ist angesichts des Menschenrechts auf Bildung, gerade auch wegen der schulpflichtigen Flüchtlinge, immens groß.

Bildung ist ein Menschenrecht. Und dafür müssen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Unabhängig davon, ob sich die jungen Menschen in Syrien, in der Türkei oder in Deutschland aufhalten. Wie sieht es damit zum Schulhalbjahr in Bayern aus? Die GEW zieht eine alarmierende Bilanz.

Zum einen stehen 70 Prozent aller berufsschulpflichtigen Flüchtlinge in Bayern vor verschlossenen Schultüren: Für sie stellt der Freistaat weder Lehrkräfte noch Räume zur Verfügung. Zum anderen stehen Tausende junger Lehrer*innen vor den Türen der Arbeitsagenturen.

Für lediglich 30 Prozent der Flüchtlinge mit dem Recht auf einen Berufsschulplatz hat der Freistaat Kapazitäten in seinem durchaus begrüßenswerten, zweijährigen Modell geschaffen. Minister Spaenle gab im Landtag jetzt zu, dass auch er hier einen „gap“ sehe. Für die GEW, so ihr Landesvorsitzender Anton Salzbrunn, sei das kein „gap“, keine kleine „Lücke“, sondern ein Krater, ein Loch, das sich für die jungen Menschen auftue, denen so in ihren Unterkünften erst einmal nur das Warten bleibe. Der Freistaat, so Salzbrunn, stehe in der gesetzlichen, verfassungsrechtlichen und menschenrechtlichen Pflicht, seine „Schul-Aufgaben“ zu erfüllen.

Der Freistaat sucht dringend zusätzliche Lehrkräfte für die Mittelschulen. Wenn die Berufsintegrationsklassen tatsächlich auf 1200 aufgestockt werden, werden auch an den Berufsschulen noch viel mehr neue Lehrer*innen gebraucht. Aber von den 800 jetzt im Februar neu ausgebildeten Gymnasiallehrkräften will das Ministerium nur 17 Prozent unbefristet übernehmen. Die anderen sollen warten…; ebenso die jungen Realschullehrer*innen, auf deren alter Warteliste noch immer über 1500 Bewerber*innen stehen. Gerade in dieser Situation, so Anton Salzbrunn, zeigten sich deutlich die negativen Folgen der starken Zergliederung des bayerischen Schulsystems. Die Staatsregierung sieht sich von mehreren Seiten aufgefordert, die Lehrerausbildung grundlegend zu reformieren, andere Bundesländer haben sich längst auf den Weg in Richtung Ausbildung von Stufenlehrer*innen gemacht. Die GEW begrüßt den Vorschlag aus dem Ministerium, immerhin künftig auch Realschullehrkräfte an beruflichen Schulen einzusetzen. Völlig kontraproduktiv jedoch ist nach Auffassung der GEW und der Vertretung der Studierenden die Absicht der CSU-Mehrheit, Zulassungsschranken vor dem Referendariat für die Lehrämter einzuführen. Schon gibt es erste Meldungen, dass verunsicherte Studierende ihr Lehramtsstudium, auch für die Mittelschule, abbrechen.

Deutlich weist die GEW in diesem Zusammenhang die Aussage des CSU-Abgeordneten Tomaschko zurück, der öffentlich geäußert hatte: „Was könnten wir nicht alles für unsere bayrischen Schüler tun, wenn wir diese Flüchtlingskatastrophe nicht hätten!“ Statt Flüchtlingskinder gegen einheimische Schüler*innen auszuspielen, so der Vorsitzende der GEW, sei die CSU dringendst gefordert, in der Bundesregierung ernsthaft an der Beseitigung der Fluchtursachen zu arbeiten.

Rückfragen gerne an: Bernhard Baudler, Tel. 089 / 54 40 81-21, bernhard.baudler@gew-bayern.de

V.i.S.d.P.: Elke Hahn, Geschäftsführerin, Schwanthalerstraße 64, 80336 München, Tel.: 0171 / 676 0000